



14.12.2011

### Rede zum Haushalt 2011 des Vorsitzenden der FDP-Fraktion

Dr. Reimer Fischer

- es gilt das gesprochene Wort -

<<Anrede>>,

ich werde zu Beginn die Stadtverwaltung einmal aus dem Blickwinkel eines Unternehmens hinterfragen. Die Einführung des NKF legt einen solchen Vergleich nahe. Anschließend nehme ich Stellung zum Haushalt mit den Sparmaßnahmen und zur Perspektive eines Haushaltsausgleichs. Weiterhin werde ich das dringende Thema Schulsanierungen behandeln und abschließend zu den Abwassergebühren, zur Stadtentwicklungsgesellschaft und zum ehrenamtlichen Engagement Stellung nehmen.

#### 1. Die Stadtverwaltung als Dienstleistungsunternehmen

Zunächst eine globale Lagebeschreibung: Das Dienstleistungsunternehmen Stadtverwaltung setzt jährlich etwa 280 Mio € um, davon 75 % im so genannten Kernhaushalt und 25 % in den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen. Finanziert werden die städtischen Aufwendungen zu etwa 45 % aus Steuern und Abgaben der Bürger sowie zu 55 % aus Steuern des Landes und des Bundes. 2011 benötigt die Verwaltung zur Sicherung der Liquidität 17,6 Mio € Dispositionskredite, genannt Kassenkredite, die sich auf 90 Mio € angehäuft haben. Aufgrund des Haushaltsdefizits werden die Rücklagen von etwa 275 Mio € weiter verringert, 2011 um etwa 6,5%. Die Arbeit der 1038 Mitarbeiter wird von den Bürgern überwiegend positiv wahrgenommen. Soweit zur Übersicht.

Anders als in kommerziellen Dienstleistungsunternehmen gibt es für städtische Leistungen keine Wettbewerbspreise und damit keinen Preisdruck. Gebührenpflichtige Leistungen werden kostendeckend erbracht. Für die anderen Leistungen gibt es Ziele, die erfüllt werden sollen und die ggf. an die verfügbaren Mittel angepasst werden. Eine Kontrolle des Marktes fehlt. Aufgrund staatlicher Vorgaben und Mischfinanzierung können die Kosten vieler städtischer Leistungen nur eingeschränkt beeinflusst oder begründet werden. Viele Leistungen werden hoch subventioniert: die Museen zu 96 %, die Bibliotheken zu 88 %, das Theater zu 55 % und die Musikschule zu 42 %. Soziale Einrichtungen wie Jugendzentren und Seniorenbegegnungsstätten werden weitgehend aus Steuern finanziert. Dem Bürgermeister fällt deshalb zusammen mit dem Rat die Aufgabe zu, als Ersatz für den fehlenden Wettbewerbsdruck, für fehlende Gefahr einer Insolvenz mit Verlust von Arbeitsplätzen, Einnahmen und Ausgaben durch Haushaltsbeschlüsse in ein Gleichgewicht zu bringen.

Ein besonderes Problem besteht darin, dass der Stadt von Bund und Land immer neue Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung zugewiesen wurden. Als Beispiele nenne ich die erhöhten Anforderungen an den Brandschutz sowie den Ausbau der Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschule, alles notwendige Aufgaben. Den städtischen Aufwand für solche gesetzlichen Pflichtaufgaben veranschlagen wir gemäß einer Untersuchung der Verwaltung auf 15 bis 20 Mio €, wovon etwa die Hälfte der Stadt in den letzten Jahren zusätzlich aufgebürdet wurde. Er begründet den Anspruch auf erhöhte Zuweisungen von Bund und Land, was inzwischen dort auch grundsätzlich anerkannt wird.

Trotzdem: wir müssen versuchen, einen möglichst großen Anteil des Defizits mit Einsparungen und erhöhten Abgaben von den Bürgern aufzufangen, um die finanzielle Selbstverwaltung zurück zu gewinnen. Das hat sich mit den vorgesehenen Maßnahmen zum Haushalt 2011 an vielen Stellen niedergeschlagen.

## 2. Sparmaßnahmen und Haushaltsausgleich

Die FDP unterstützt die Anstrengungen, das Haushaltsloch 2011 zu verringern. Betrug das Defizit im ersten Entwurf des Haushalts 2011 noch 10,3 % des Eigenkapitals, so kann es, wenn der Rat die veränderten Daten heute bestätigt, auf 6,6 % eingegrenzt werden. Das ist ein erster Erfolg. Wir stimmen den Sparmaßnahmen zu, die wir teilweise selbst eingebracht und detailliert in Vorgesprächen geprüft haben, ebenso wie den Steuer- und Gebührenerhöhungen, die wir für eine moderate und damit angemessene Beteiligung der Bürger und der Gewerbetreibenden halten.

Einen Schwerpunkt bildet der Beschluss, die Personalkosten auf den Stand von 2010 einzufrieren. Unser Vorschlag war sogar weitergehend, wurde vom Bürgermeister aber nicht aufgenommen. Mit dem von der Gemeindeprüfungsanstalt ermittelten Potenzial von 25 Stellen und den 30 Stellen mit kw-Vermerk sind Personaleinsparungen eine realistische Perspektive, die 2011 allerdings noch nicht ausreichend umgesetzt wurde. Wir müssen auf die Langzeitwirkung setzen. Die Umstrukturierung der Kulturlandschaft und die Absenkung von Standards im Sozialbereich sind unvermeidlich, genau so wie die Erweiterung der Parkzeiten und die Ausweitung der Gebühren für die Kindertagesstätten. Als Beispiel, wie wir gerungen haben, nenne ich die Sportförderung, die wir 2011 noch ein letztes Mal auf 50 % reduziert zur Verfügung stellen wollen. Wir setzen weiterhin auf die mit der CDU abgestimmten Prüfaufträge, beispielsweise zur möglichen Abschaffung der Stadtverkehrsgesellschaft, um ergänzende Sparpotenziale zu ermitteln.

Die Schlüsselfrage allerdings lautet: Sind Haushaltsausgleich und Schuldenabbau überhaupt erreichbare Ziele? Wir antworten mit einem bedingten ja.

Der Weg könnte wie folgt aussehen: Ausgehend von einem durchschnittlichen jährlichen Defizit des Erfolgsplanes in den letzten 4 Jahren von 16 Mio €, in denen hohe Einnahmeausfälle aufgrund der Wirtschaftskrise enthalten sind, sind wir bei normaler Konjunktur noch etwa 10 Mio € von einem Haushaltsausgleich und 15 Mio € von einem Schuldenabbau entfernt. Diese Lücke muss so weit wie möglich aus eigener Kraft geschlossen werden. Alle von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) ermittelten Potenziale müssen gehoben werden. Es ist schon erstaunlich, dass nach Hinweis der GPA durch eine neue Ausschreibung die Reinigungskosten der städtischen Gebäude um 700 T€ gesenkt werden konnten. Hier wurden Chancen des Marktes bisher offensichtlich nicht wahrgenommen. Als Beispiel für weitere Einsparungen schlagen wir vor, Arbeiten an Flächennutzungs- und Bebauungsplänen im Rahmen des Möglichen zu strecken und eine Zusammenlegung der Bauhöfe zu prüfen. Alle Sparpotenziale müssen im Laufe des Jahres 2011 in den zuständigen Ausschüssen behandelt werden. Dazu ein Vergleich, der uns irritiert hat: die Aufwendungen des Verwaltungshaushaltes 2011 umfassen einen Mehraufwand von fast 19 Mio € oder 9 % gegenüber dem Ergebnis 2008. Diesen Anstieg werden wir gründlich analysieren. Mit den Mehraufwendungen für die Familienhilfe in Höhe von 5 Mio € lässt sich die Steigerung der Aufwendungen nicht erklären.

Um die Haushaltslücke ganz zu schließen müssen wir auf steigende Steuereinnahmen bei guter Konjunktur hoffen. Ich verweise auf das Ergebnis 2008, als der Haushaltsgleich ohne die neuen Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen nahezu erreicht war. Mit strikter Haushaltsdisziplin, Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen und etwas Glück kann es gelingen, wobei wir erwarten, dass Bund und Land ihre Versprechungen einhalten, die Kommunen zu entlasten.

Allerdings ist Vorsicht geboten: es können neue Belastungen entstehen, wenn die Kreditzinsen steigen oder die Kreisumlage erhöht wird. Der eingeschlagene Weg darf nicht verlassen werden.

### **3. Schulsanierungen**

Die Stadt ist im Nothaushalt gesetzlich daran gehindert, die noch nicht sanierten Schulen in Ordnung zu bringen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass guter Bildungspolitik ein sehr hoher Rang zugemessen wird, dass aber die Gemeindehaushaltsverordnung eine unüberwindbare Hürde darstellt, ordentliche Schulgebäude anzubieten. Und es erscheint wie ein Treppenwitz, dass das Otto-Hahn-Gymnasium in einem bundesweiten Wettbewerb auf dem Gebiet Naturwissenschaften und Mathematik einen vorderen Platz einnimmt, gleichzeitig jedoch in einem maroden, den Brandschutzbestimmungen widersprechenden Gebäude untergebracht ist. Allerdings sehen wir auch hier Chancen, wenn die Maßnahmen für einen Haushaltsausgleich greifen, die Landeszuweisungen steigen und die strengen Regeln für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept gelockert werden, so wie es der Innenminister vorgeschlagen hat. Unabhängig davon werden wir konkrete Untersuchungen anstoßen, ob es aufgrund der absehbaren Änderungen der Gemeindeordnung Möglichkeiten gibt, die Mittel des Bäderfonds zu nutzen, um die dringenden Schulsanierungen über diesen Weg zügig einzuleiten, wenn gleichzeitig gesichert werden kann, dass die Bäder nicht geschlossen werden müssen.

### **4. Gebühren für Abwasser, Regenwasser und Abfall**

Die Entsorgungsgebühren sind Kosten vergleichbar mit der Grundsteuer. Sie belasten alle Bürger und müssen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die hohen Anforderungen der Landesregierung an die Dichtheit der Kanäle und an die Menge und die Qualität von Regenwasser, das in die Bäche eingeleitet wird, kosten viel Geld. Wir setzen uns dafür ein, die geplanten Investitionen nur in dem Umfang und in dem zeitlichen Rahmen zu realisieren, der einer Mindestanforderung entspricht. Gebührenstabilität ist ein wichtiges Planungsziel. Umweltschutz muss bezahlbar bleiben.

### **5. Stadtentwicklungsgesellschaft und Wirtschaftsförderung**

Die FDP hat immer wieder eine Stärkung des Gewerbes gefordert, weil ein wichtiger Schlüssel für eine gute Leistungsfähigkeit der Stadt bei hohen Gewerbesteueranteilen liegt. Ich hatte es schon in den Vorjahren erwähnt: Städte ohne Schulden zeichnen sich durch ein hohes Gewerbesteueraufkommen je Einwohner aus. Wir begrüßen deshalb die Initiative des Bürgermeisters zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft, die hoffentlich in den nächsten Jahren einen Beitrag zur positiven Entwicklung des Gewerbes in Bergisch Gladbach leistet, auch mit neuen Arbeitsplätzen. Ergänzend erwarten wir, dass die Aufgaben der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft neu justiert werden. Wir haben in Vorgesprächen unsere Vorstellungen genannt, jetzt ist der Bürgermeister am Zuge.

### **6. Bürgerschaftliche Engagement und Anerkennung.**

Wir setzen uns für bürgerschaftliches Engagement ein. Es kann allerdings nicht erzwungen werden. Wir haben heute den Antrag gestellt, ehrenamtliches Wirken über die Ehrennadel der Stadt hinaus mit kleinen Vergünstigungen zu belohnen. Man wird uns vielleicht vorhalten, dass das wieder Geld kostet. Deshalb müssen Informationen aus anderen Städten eingeholt werden, die diesen Vorschlag der alten Landesregierung bereits umgesetzt haben. Der Aufwand hierfür sollte gering sein, und die Vergünstigungen sollen nur als kleine Aufmerksamkeit gewertet werden.

Zum Schluss ein Dank: Wir anerkennen, dass sich die städtischen Mitarbeiter bemühen, gute Leistungen für die Bürger mit knappem Personal zu erbringen. Sie sind es, die die Sparmaßnahmen umsetzen müssen, die wir beschließen. Gleichzeitig appellieren an Sie, Herr Bürgermeister Urbach, auf Ihrem Weg zur Sanierung des Haushaltes nicht nachzulassen. Auf die Unterstützung der FDP können Sie bauen.